

ftliche Nr. 37
2. Mal in Pforzheim!
Die diese Welehrbeit nicht. Was
des großen Anbruchs an
brochen u. 7 Uhr geöffnet.
E. Tröller.

Birkenfeld.
Eine hornlose
Ziege
großtrüchtig, kann gegen die
od. Stroh eingetaucht werden.
Philipp Wagner,
Hauptstr. 54

Zimmermädchen
nicht unter 20 Jahre alt, bei
möglichst schon gebildet, hat
etwas nähen und bügeln kann,
findet sofort oder zum 15. März
gut bezahlte Dauerstellung.
Erholungsheim Ludwigsburg,
Bad Liebenzell

Ein braves
Dienstmädchen
das Liebe zu Kindern hat,
fort oder später gesucht.
Frau Sauer, Pforzheim
Tal 3, 3. St.

Gesucht auf 1. Februar
später ein zuverlässiges
Mädchen
für kleineren Haushalt, bei
möglichst Kochen kann. Lohn
200 M. pro Monat.
Frau Endlich, Pforzheim
Hornstraßenstraße Nr. 11

Besseres
Mädchen
oder einfache Stütze,
etwas nähen und bügeln kann
gesucht.
Frau Apoth. Trumpler,
Karlsruhe, Stadtpark

Nach Ludwigsburg zum
Februar sauberes, fleißiges
Mädchen
für kl. bess. Haushalt, gute
Kenntnisse im Kochen erwünscht.
Guter Lohn u. gute Behandlung.
Frau Fabr. Leo Rasper,
Ludwigsburg,
Wilsdorfstraße 20.

Suche auf sofort ein
ebliches
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit
bei hohem Lohn und guter
Behandlung. Angebote an
Friedrich Häfner,
Tabakfabrik,
Tengen, bei Freiburg.

Hand-Datumstempel
für Kautschuk und Leder
sofort lieferbar.
G. Meich'sche Buchdruckerei

**Steckenpferd-
Seife**
die beste Lillienmilchseife
L. erteilt, welche Haut und Haar
schützt, Toilet, Toilet, Toilet
„Dada-Cream“
siehe auch spätere Hefen unter
sonnensch. Oberfl. 20/20

Bezugspreis:
Hauptstadt in Neuenburg
Nr. 27. Durch die Volk-
in Ost- und Oberamt-
Berichte sowie im heutigen
inhaltsreichen Bericht Nr. 27. 75
mit Postzuschlag.
In Fällen von höherer We-
macht besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung
oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Postämter, in Neuenburg
sowohl die Kundträger
jedem entgegen.
Hilfskonto Nr. 24 bei der
C.A. Sparda-Bank Neuenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenburg.

Nr. 26.

Neuenburg, Mittwoch, den 1. Februar 1922.

80. Jahrgang.

Das Tal des Todes.

Die Fälle von Kannibalismus in Sowjetrußland nehmen sich so erschütternd die Berichte der deutschen Sanitätskommission oder von anderen Mitteln über das Gend in ost- und russischen Gebieten lauten, so reichen derartige Schilderungen noch lange nicht an die grauenerregende Wirklichkeit heran, da es für die Ausländer unmöglich ist, gerade die abgelegenen Gebiete, wo der Hunger am furchtbaren wütet, zu besuchen. In den schwerst betroffenen Gebieten gehören die Kreise Sughanow und Gushak im Gouvernement Samara. Der Bolschewik A. Chodschow hat diese „Tal des Todes“ genannten Kreise bereits und berichtet über seine Eindrücke in der Moskauer „Kawestka“ Nr. 8. Die kümmerliche Ernährung mit verrotten Samen mehr oder weniger unbrauchbaren Surrogaten hat aufgehört, da tiefe Schneedecke die Wurzeln, Kräuter usw. im Schnee zugefroren hat und für die Menschen unerschwingbar gemacht hat. Gefallene Pferde und Hundelaberer gelten bei der Bevölkerung als letzte Lebenshilfe, die auch schon überaus rar geworden sind. In dem dem Tode geweihten Landstrich sieht man nur noch selten kleine Schwärme von Krähen und Dohlen, die bisher den Nachstellungen entgangen sind. In Dörfern liegen an den Straßen und in den Gräben die Leichen Verhungerten. Wie es in den abgelegenen Waldhöfen aussieht, ist völlig unbekannt, da es in Ermangelung von Pferden unmöglich ist, dorthin durchzubringen. Aber Bahrschuldigkeit nach ist dort aber alles Leben längst erloschen. Chodschow hat auf seiner Reise festgestellt, daß sich die Fälle von Kannibalismus in der letzten Zeit erschreckend gemehrt haben. Im Dorfe Wesscha hat eine Frau ihre den Hunger tot gefundene Tochter zum Teil aufgefressen. Im Dorfe Wlagodarow des Kreises Wulst haben drei Familien, getrieben von wütendem Hunger, auch den Leib eines eben verstorbenen 13jährigen Knaben geöffnet. Die Eingeweide herausgenommen und nach oberflächlicher Reinigung roh verzehrt. Später wurde auch die ganze Leiche verzehrt. Infolge des gemessenen Menschenleides ist eine der Frauen gestorben, deren Leiche nichtdeckelbarer wider verzehrt worden ist. Die Leiche eines anderen in demselben Dorfe verstorbenen Knaben ist aus einem Waffengraben wieder exhumiert worden, wobei festgestellt wurde, daß Kopf und Beine schon fehlten. Die Hungernden haben dann noch den Kumpf fortgetragen und in ihren Hütten verzehrt. Alle diese Fälle von Kannibalismus sind vom Dorfkomitee der gegenwärtigen Dörfer festgestellt worden und das hierüber aufgenommenen Protokoll ist der zuständigen Wagonabteilung für allgemeine Ernährung zugestellt worden. Chodschow schließt seine Schilderungen mit der Versicherung, daß sich im Frühjahr die Berechtigung von Saatfrucht für diese Gebiete eröffnen werde, da es dann dort niemand mehr geben werde, der in Hände sein würde, den Hunger zu bekämpfen.

Deutschland.

München, 31. Jan. Die Biersteuer ist nach dem Steuerkommissionar so gestiegen, daß für einisches Bier bis zu 5 Prozent die Höhe der Steuer für jedes Liter, also das Volkstier in Bayern 3, für 12 bis 13 Prozent Bier, also in Bayern das Bier, die normale Steuer und für Starkbier also in Bayern die Hoch- und Starkbier die 14fache Steuer zu entrichten ist. Diese Steigerung entspricht dem vordringlichen Vorhaben des Bundesministers Damm gemacht hatte.

Minister Kreil über Ernährungsfragen.

Ernährungsminister Kreil gab am Montag in einer Konferenz den Vertretern der Presse Auskunft über den Stand der Ernährungsfrage auf den einzelnen Gebieten. Einseitig führte er aus: Eine Hungerkatastrophe werden wir nicht zu fürchten haben. Vom Reichsernährungsministerium ist die Getreideversorgung bis Ende Juni sichergestellt und auch der weitere Bedarf bis zur neuen Ernte wird rechtzeitig beschafft werden. Die Frage der Versorgung tritt auf allen Gebieten der Nahrungsmittel an und heran. Es gibt kaum ein Lebensmittel, bei dem die Preise nicht um das Vielfache gestiegen sind. Diese sind sogar auf das 4fache gestiegen. Die Erzeugnisse der Textilindustrie, auch der Lederindustrie, weisen ähnliche Erhöhungen auf. Die Bevölkerung achtet und achtet unter diesem Druck, kommt die Behörden und Regierung an, die nichts unternehmen gegen diese Preissteigerung und macht sogar die demokratische Staatsform und Republik dafür verantwortlich. Die wachsende Teuerung steht im Zusammenhang mit unseren verfallenen Reichsfinanzen, die eine Folge des verlorenen Krieges sind. Das einzige Mittel, die Preise in wahren Grenzen zu halten, wäre eine Zwangswirtschaft, die aber nicht mehr besteht und vorwiegend auch nicht mehr eingeführt werden kann. Niemand hat in der Zwangswirtschaft ein Ideal erreicht, aber es muß festgestellt werden, daß die Versorgung der Verbraucher auf die freie Wirtschaft nicht in Erfüllung gegangen sind. Die Regierung kann nur in beschränktem Maße eingreifen. Die Teuerung wird bestimmt durch die Entwertung der Zahlungsmittel und durch das Vertrauen, die Preise der Lebensmittel den Weltmarktpreisen anzuschließen. Der Unterschied zwischen Preisgestaltung und den Werten und Gehältern wird sich auf die Dauer nicht halten lassen, denn die Preisgestaltung der Bevölkerung führt zu einer Entwertung der Zahlungsmittel, letzten Endes auch zur geistigen und kulturellen Not. Die steigende Teuerung ist das Spiegelbild der sinkenden Moral. Dies verdient viel größere Beachtung. Die Reparationslasten sind dem Kredit der Welt im Ausland gefällig. Auf der anderen Seite trägt die eigene Finanzpolitik Schuld an der Entwertung. Die Regierung muß mit geeigneten Mitteln durch Preisprüfung und Überwachung der Wertentwicklung entgegenwirken und auch der Tendenz, daß der Wert der einzelnen Gebiete des Ernährungsweises, zunächst die der Brot- und Fleischversorgung. Bei der Oberverteilung

der Umlage auf Getreide für die einzelnen Länder wurde hauptsächlich auf Getreide der würt. Regierung auf möglichste Schonung des Kleinbesitzes Rücksicht genommen. Die Umlage in Württemberg betrug 1921 bis 1922 nur ein Siebtel der letzten Aufbringung und nur 24 Proz. der gesamten Getreideernte, bei einem Gesamtbedarf von 1.264.500 dt nur 135.184 dt Mehl, so daß Württemberg 1.129.316 dt vom Reich zugesprochen erhält. Abgeliefert wurden in Württemberg bis jetzt 149.682 dt, oder rund 94 Proz. des Ablieferungsplans. Gegen einzelne säumige Erzeuger wird mit geschickten Mitteln vorgegangen. In den Reichsgetreideämtern im Land befinden sich zurzeit 12.464 T. Getreide (2036 T. inländisches und 10.428 T. ausländisches), ferner 17.538 dt Mehl, somit der Bedarf für 2 1/2 Monate. Dergleichen ist man bemüht, in Württemberg ein größeres Reserverlager einzurichten. Vorstehende Erhöhung des Brotpreises um rund 75 Proz. bedeutet für viele die Unmöglichkeit, ohne öffentliche Hilfe durchzukommen. Das Lister zu 7 M. das Kilo abgegebene Auslands-Rohmehl, das das Reich selbst auf 12 bis 13 M. zu haben kommt, fällt weg. Die Regierung plant, für die wirtschaftlich hilfbedürftigen Kreise eine Preisbegrenzung durchzuführen, um deren Lebensunterhalt zu sichern. Zur Regelung des Preises für freies Getreide ist eine Prüfung der Verhältnisse der Stuttgarter Landesproduktionsbörsen angeordnet, bei der eine bessere Aussicht gegeben erscheint. Die würt. Regierung hat zur neuen Preissteigerung, die beabsichtigt die Entente durch die Forderung auf Wegfall der Preisbegrenzung des Reichs forderte, ihre schwersten Bedenken geltend gemacht, zumal da der Wegfall der Zuschüsse für das Mehl nur neue Schaltungsbedingungen zur Folge habe, die noch höhere Aufwendungen erfordern könnten. Es komme alles darauf an, einen geeigneten Zeitpunkt für den weiteren Abbau zu finden. Trotz dieser Bedenken hat das Reichsamt unter dem Druck der Entente die Erhöhung der Preisbegrenzung beschlossen. Bezüglich der Kartoffelversorgung wurde mitgeteilt, daß eine Preisbegrenzung auch in den Nachbarländern geplant ist und dann gleichzeitig in Kraft gesetzt werden sollen. Die Diskussion der Landwirtschaft zugunsten der wirtschaftlichen Schwachen erbrachte in Württemberg 43.361 Zentner Kartoffel, darunter 728 Zentner unentgeltlich und 7014 Zentner Getreide, darunter 1178 Zentner unentgeltlich. Die Sammlung geht weiter. Bei Verdrängung der Fleischversorgung wurde vom Minister hervorgehoben, daß den Kleinrentnern und Nebenerzeugern die Aufgabe gestellt wird, jede beachtliche Veränderung der Kleinrentnerpreise für Fleisch vorzutragen. Die würt. Regierung hat die zuständigen Behörden anzuweisen, um damit die Möglichkeit eines rechtzeitigen Einschreitens zu schaffen. Minister Kreil behandelte dann die Maßnahmen beim Viehhandel und teilte mit, daß die Preisfestsetzungen der Stuttgarter Viehmarkt vom 2. November bis Mitte Dezember 1921 bei Ochsen- und Rindfleisch um mindestens 1 Mark pro Pfund zu hoch angelegt waren. Deshalb soll das Kontrollrecht scharf gehandhabt werden. Die Fleischversorgung leidet unter dem großen Futtermittelmangel, der großen Nachfrage nach Butter und den hierfür bezahlten hohen Preisen. Die Verhältnisse wurden dadurch noch ungünstiger, daß Bayern seit 1. Juli 1921 die Preise völlig freigegeben und daß dort die Notierung der sog. Kemptener Börse Anerkennung findet. Die Art der Preisfestsetzung dieser Börse erweist sich aber nicht unbedenklich. Die Tendenz der Börse ist unerschütterlich, die Preise langsam aber ständig in die Höhe zu treiben. Die Notierungen sind offiziell in Württemberg nicht anerkannt. Den Ausgangspunkt der Preisbegrenzung bilden daher bis jetzt die wirklichen Marktpreise. Für Butter und Käse besteht eine Preisbegrenzung, die vom Reichsernährungsministerium erneut verlängert wurde. Bezüglich der Eierversorgung wurde die Landesregierung angewiesen, die Preisbegrenzung zu beobachten und gegebenenfalls amarmessene Preise zu setzen. Bei der Futterversorgung haben die Behörden geringe Einwirkungsmöglichkeiten. Wäher wurden keine Fälle festgestellt, daß in Württemberg Futter zu Brennholz verarbeitet wurde. Die Preisbegrenzung unterliegen nicht der beschriebenen Regelung. Bei dem kommenden Fremdenverkehr wird darauf hingewirkt, daß die Fremdenbetriebe ihren Bedarf an Lebensmitteln vollständig mit Auslandslebensmitteln decken und daß Milch nicht in die Fremdenbetriebe abfließt. Bezüglich der Zucker- und Stärkeversorgung hat das Ernährungsministerium die Verwaltungs- und Polizeibehörden auf energisches Vorgehen angewiesen und auf die Maßnahmen innerhalb der bestehenden Gesetze und Verordnungen aufmerksam gemacht. Die Frage der Einführung des Buchführungszwangs hat das Reich bisher abgelehnt. In Betracht kommt auch noch die Wiedererrichtung des agrar. Notwendigkeit der Bundesstaaten aus volkswirtschaftlichen Bedenken und die Zentralisation der Erteilung der Danksauslassung bei einer Landesstelle im Anschluß an die Vorgänge bei der Auslassung für Kartoffeln und Getreide.

Offizier und öffentliche Meinung.

Unter dieser Überschrift schreibt der Unterzeichnete im „Deutschen Offiziersblatt“ folgendes:
Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag hat der Abgeordnete und ehemalige Reichskanzler Hermann Müller den Bringen Titel Friedrich ohne jeden Anlaß in einer Weise angegriffen, die nicht unerwidert bleiben darf. Die Form, die der Nachfolger Bismarcks zu wählen für angemessen gehalten hat, richtet sich selbst. Hier sei ein kurzes Wort zur Sache gesagt: Müller beschließt den Bringen u. a. als „Hinterfrontkämpfer“, „Ran, Brins Titel Friedrich ist als Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß ins Feld gerückt — gewiß keine „Hinterfrontstellung“, und daß unser Brins das Feuer nicht schenke, daß weiß jeder Grenadier, der unter ihm gestanden hat. Am 29. August 1914 bei Colofen schlug er selbst die Trommel zum Sturm, um sein tapferes Regiment zur letzten Kraftanstrengung vorzuleiten. Im September 1914, vor Reims, trug er seine verwundeten Leute eigenhändig aus dem Feuer. Wäre

Kunzeigepreis

Die einseitige Fertigung oder deren Raum im Bezirk 1 M., außerhalb desselben 1.30 M. einschließlich Infraterrektion. Offerte u. Aufnahmeverteilung 50 J. Kellame-Zelle u. — M. Bei größeren Aufträgen einbrechender Rabatt, bei im Falle des Wagnersverfalls hinsichtlich, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Schluß d. Anzeigen-Aufnahme tags vorher.
Gebühren Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird telefonische Gewähr übernommen.

es nach ihm gegangen, hätte er den ganzen Krieg über sein geliebtes Regiment behalten. Nachdem er aber — sehr gegen seinen Wunsch — zum Brigade- und Divisionkommandeur überber worden war, hat er auch in diesenstellungen Res die Gefahr mit der Truppe geteilt. Unzählige Male haben wir ihn im vordersten Graben, unbekümmert um feindliches Feuer. Kein unferen tapferen Bringen lassen wir uns nicht beschimpfen! An ihn reicht der Schmutz aus Verlesens Ründe nicht heran. Im Namen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des alten 1. Garde-Regiments zu Fuß
Graf zu Eulenbarg, als letzter Kommandeur.
(Wir glauben, vor nicht zu langer Zeit im Vorjahr gesehen zu haben daß Herrmann Müller tatsächlich ein „Hinterfrontkämpfer“ war. In seinem Lebensgang, „Deutsche Nationalversammlung“, Verlag B. Baumann, Charlottenburg, schreibt er u. a. selbst: 1916 bis 1918 Mitglied des Reichstages usw. Oder sollte er als Reichstagsabgeordneter an der Front das Vaterland verteidigt haben? Schrift.)

Vorbereitungen auf den Eisenbahnerstreik.

Berlin, 31. Jan. Die Entscheidung über den von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner angebrochenen Streik wird heute abend, höchstens morgen fallen. Die Ausschüsse werden verschieden beurteilt. Das Ministerium hat, wie wir schon mitteilten, erlucht, die Führer der Reichsgewerkschaft, in denen es wohl nicht zu Unrecht die Schürer heißt, in ihre Dienststellen zurückzuführen. Diese sehr vernünftige und gebotene Maßnahme gedenken die Herren mit einem himmelstürzenden Protest zu beantworten. Andere halten sich verborgen, offenbar weil sie verhaftet zu werden befürchten. Wie vielfach mitteilt wird, sei man im Reichsverkehrsministerium pessimistisch und glaube, daß sich der drohende Konflikt nicht vermeiden lasse. Nebenfalls hat man im Verkehrsministerium wie im Reichsministerium des Innern sich schon über die Maßnahmen schlüssig gemacht, die beim Ausbruch des Streiks zu treffen wären. Schulpolizei soll Arbeitswillig und Bahnanlagen schützen. Es sollen auch höhere Eisenbahnbeamte ohne Rücksicht auf ihren Rang zur Bedienung der Lokomotiven herangezogen werden. Vornehmlich will man den lebensnotwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten sich bemühen, also die Beförderung von Lebensmitteln, Kohlen, Milch und einem allerdings stark beschränkten Personenverkehr. Von den Beamten aller Dienststellungen wird das frivole Streikgeben, das den Sinn des Beamtenverhältnisses in Unfahm verkehrt, verurteilt, nur der „Borwärts“ bekommt es fertig, auch diesmal wieder der Regierung, der seine eigenen Leute angibt, in den Rücken zu fallen und das Streikverbot und die Maßnahmen zur Vermeidung der Unfallsbewilligung zu demängeln. Wie die „Vorgeschichte“ behauptet, erlaubt die Regierung, ob nicht durch ein Reichsgesetz, das innerhalb 24 Stunden geschaffen werden muß, ein ausdrückliches Verbot des Beamtenstreiks angesprochen werden könne.

Die hinterhältige Taktik der Streikbegehr.

Berlin, 30. Jan. Von zuständiger Stelle geht und folgende Mitteilung zu: Gegen die Streikdrohung der Reichsgewerkschaft erhebt sich nunmehr auch in ihren eigenen Reihen heftiger Widerspruch. Die Gruppe der oberen Beamten ist schon vor einiger Zeit aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil sie keine Lust hatte, die unvermeidbare Kadaverfeier mitzumachen. Auch der bayerische Verkehrsbeamtenverein hat seinen Austritt vollzogen. Nunmehr wendet sich auch die Postgewerkschaft, welche die Beamtengruppen 7 bis 10, gebotene mittlere Beamten, umfaßt, in einem Rundschreiben gegen das Vorgehen der Reichsgewerkschaft. Die Unterlassung einer Neuwahl vor dem Streikbeginn wird in dem Rundschreiben als Sühnungsverletzung bezeichnet.

Streikabwehrmaßnahmen der Rheinlandskommission.

Köln, 31. Jan. Wie die „Information“ hört, wird die interalliierte Rheinlandskommission beim Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks im besetzten Gebiet unverzüglich die Militärverwaltung der Eisenbahnen verfügen, wodurch die Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen den Kriegsgefechten unterliegen.

Druck der Reichstags.

Die Etatsdebatte begann am Montag in der üblichen Weise mit der Einführung des Reichsfinanzministeriums zum Haushaltsplan für 1922. Er gab, wie es nicht anders sein konnte, ein Gemälde in Grau: 171 Milliarden als Reichszuschuß für die Ausführung des Friedensvertrages, Gesamtanleihebedarf über 183 Milliarden und dazu die neue Steuerforderung von 100 Milliarden. Das sind fast astronomisch zu nennende Zahlen, mit denen sich die vernünftige deutsche Volkswirtschaft abzufinden hat und deren Abfertigung im beschränkten Verahren gewünscht wird, damit ja der Beweis des deutschen Volkswillens, mit aller Kraft eine geordnete Finanzwirtschaft einzuführen, erbracht wird. Schon hat der Versuch, Unmögliches zu erfüllen, zur Zerrüttung der deutschen Währung geführt, wie Dr. Dornes feststellen wußte. Noch steht der unbedingte Eigeninn Frankreichs der Entzinnis entgegen, daß Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu erfüllen. Noch wird nicht geklärt, daß der Deutsche keineswegs weniger Steuer bezahlen muß als der Franzose und Engländer, wenn auch Dr. Dornes zum so und so vielen Male das Gegenteil beides. Und wenn er den unanfechtbaren Sach hinsetzt, daß ohne Neuregelung des Reparationsproblems die deutsche Finanzwirtschaft niemals gesund werden könne, so bleibt uns nur noch, die Märzkonferenz von Genoa abzuwarten. Anders der Minister wegen des vorausschicklichen Rückwärtsnehmens der Zwangsanleihe noch eine freiwillige innere Anleihe zur Bilanzierung des Reparationshaushalts in Aussicht stellte, zeichnete er den furchtbaren Ernst der Lage Deutschlands so sinnfällig auf, daß „Hört, hört!“ Rufe aus allen Abgeordnetenreihen erklangen.

unterteilt im neuen Deutschland: 740 000 jetzt, gegen 801 000 im Jahre 1914, was eine Verminderung auf 75 Prozent unumgänglich notwendig macht. Wie kann eine Gesamtausgabe des Reiches von 50 Milliarden für Gehälter und Löhne noch ertragen, wie kann ein Beamtenheer da noch moralisch gerechtfertigt werden? Der Minister ließ es an Warnungen nicht fehlen. Der erste Redner aus dem Hause, Abg. Scheidemann (Soz.), verlas es sich, eine eingehende Studie zu halten. Er eroberte einmal wieder das Klagegeld, daß der Republik in Deutschland selbst noch nicht die erforderliche Achtung entgegengebracht werde. Im Bereiche der Justiz, der Post, der Reichswehr, der Marine seien Ungehörigkeiten vorgekommen, gegen die nicht mit der würdevollen Entscheidung eingeschritten worden sei. Scheidemann ließ die Gelegenheiten nicht vorbegehen, ohne sich an ihm persönlich mißliebigen Vertretern der alten Zeit zu reiben, so an General Ludendorff, Hindenburg, Delfferrich usw. Es war im ganzen eine regelrechte Agitationrede. Der nächste Redner, Abg. Reichert (D.R.), erklärte sich über die über den Reichsbetrag von 183 Milliarden Mark. Er müsse einer ersten Prüfung der Ausgaben nachgehen. Er gab Fingerzeige, in welcher Richtung diese am zweckmäßigsten erfolgen könne. Der deutschvolkparteiliche Abg. Dr. Cunoah verlangte Durchsicht der Reichsbetriebe mit neuem kaufmännischen Geist. Er machte die aussehensregende Mitteilung, daß die Direktion Offen eine vollständige Verabschreibung mit Ausnahme für Wiedergutmachungskosten vorhängt habe. Er kennzeichnete den übertriebenen Luxus des fremdländischen Beschäftigten auf Kosten des deutschen Volkes. Vor dem Erfüllungswillen müsse der Sanierungswille stehen. Die Beratung wurde darauf abgebrochen. Der Haushaltsplan werde sofort dem Haushaltsausschuß überwiesen, damit dieser seine Arbeiten gleich beginnen kann.

Die Ausgestaltung der Zwangsanleihe.
Berlin, 31. Jan. Trotz der Zwangsanleihe bleibt vermutlich im außerordentlichen Etat ein Defizit, das in politischen Kreisen auf 50 bis 80 Milliarden geschätzt wird. Wie das 'Berliner Tageblatt' mitzuteilen weiß, soll dieser Betrag unter Umständen durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Die Verhandlungen mit ausländischen Bankunternehmungen stehen aber gegenwärtig noch nicht endgültig entschieden ist die Frage, ob durch die Zwangsanleihe die Kreditkrisis der Industrie überflüssig geworden ist. In der Industrie selber meint man dieser Ansicht zu. Nach derselben Quelle werden zunächst die Industrievertreter mit dem Reichsanwalt die Frage zu klären suchen. Von der Anleihebestimmung sollen übrigens Vermögen bis zu 100 000 M., eventuell auch höher, befreit bleiben.

Verweigerung der Heberkunden auf den Westen.
Wie aus Hamburg drabtellich gemeldet wird, nahm eine in Hamburg tagende allgemeine Werftarbeiterkonferenz eine Entschließung an, welche den am 27. Jan. gefällten Spruch des Schlichtungsausschusses ablehnt. Der Spruch hatte davon abgeraten, eine neue Regelung der Löhne vorzunehmen, weil sie voraussichtlich durch die Mitte Februar zu erwartende Preissteigerung doch unumgänglich nötig werden würde. Bedauerlicherweise wird auch in der Entschließung ausgesprochen, daß die Werftarbeiter sich namentlich wegen der Stellungnahme der Unparteilichen das Vertrauen zu Schiedsrichtern überbaut verloren habe und sich gezwungen sehe, zur Selbsthilfe zu greifen. Die Konferenz beschloß, sofort in allen der norddeutschen Gruppe der Werftarbeiter angehörnden Betrieben zunächst die Heberkunden zu verweigern mit Ausnahme der Notstandsarbeiten.

Der Personalabbau bei der Eisenbahn.
Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' meldet: Das Reichsdienstministerium hat eine Verfügung herausgegeben, wonach im Bereich der deutschen Reichsbahnen über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Davon entfallen auf Preußen-Ostpreußen 15 000, auf Bayern 1800, auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden kommen 5000 auf die Westbahnen; hierbei sollen die Lehrlinge, die am 1. April ausgetreten haben und die Eisenbahn verlassen, mitgerechnet werden. Circa 8000 bis 9000 Arbeiter, die für die Entlassung vorerwählt sind, sind Bauarbeiter, die im Baugewerbe alsbald benötigt werden.

Ausland.
Madrid, 30. Jan. Königin Rita ist nach Medina del Campo abgereist um dort ihre Kinder zu erwarten und mit ihnen gemeinsam die Reise nach Elhahan und Madaira fortzusetzen.
Die russische Genua-Delegation ohne Lenin.
Genoa wird, obwohl er sich zum Vorstehenden der russischen Delegation für Genua hat wählen lassen, doch nicht persönlich nach Genua reisen. Er wird indes den Vorsitz der Delegation offiziell beibehalten und soweit es durch Telegraphie und Fernbriefe möglich ist, die Verhandlungen der russischen Delegation von Moskau aus leiten. Eine Reihe von Arbeiterorganisationen und Betrieben beschloß, nach einer Meldung von Moskau, daß die Abreise Lenins absolut unzulässig sei, da sein Leben im Ausland gefährdet werden könnte.

Neue Unruhen in Indien.
Wie die 'Daily Mail' aus Kalkutta meldet, hielten die Anhänger Gandhis eine verbotene Versammlung ab. Sie leisteten der Polizei, die die Versammlung auflösen wollte, Widerstand und griffen sie an. Die Polizei nahm 500 Gefangenen vor. Mächtig erregten sich Ausschreitungen, an denen sich etwa 4000 Arbeiter beteiligten. Diese Arbeiter waren wegen Lässigkeits gegenüber dem Direktor einer Fabrik verhaftet worden. Als ihre Forderungen auf Freilassung der Verhafteten abgelehnt wurden, begannen ihre Kameraden Steine zu werfen. Das Erscheinen der Polizei verhalf die Erregung, so daß die Polizei zu den Waffen griff. Zwölf Arbeiter wurden getötet und etwa 40 verletzt. Ein Polizeikommissar und zwölf Polizisten wurden verwundet.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 31. Jan. Am Sonntag hielt der Evangelische Arbeiterverein im Gasthaus zur 'Eintracht' eine von Mitgliedern und Gästen gut besuchte Versammlung ab. Als Redner hatte sich in sehr dankenswerter Weise Herr Oberstleutnant Wagner vom hiesigen Finanzamt zur Verfügung gestellt, um über das gewiß zeitgenössische Thema 'Die Einkommenssteuer' einen Vortrag zu halten. Mit sachmännischer Gründlichkeit und Vorkenntnis vertrat er der Redner, dem weit verzweigter Gegenstand in allen seinen Einzelheiten den Anwesenden zu Gebote zu bringen. Nach Schluß der längere Zeit in Anspruch genommenen Ausführungen war den Anwesenden noch Gelegenheit geboten, sich über etwaige Zweifel zu äußern, von welcher Gelegenheit mehrfach Gebrauch gemacht wurde. Mit Dankworten an den Vortragenden für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen beschloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. D.
Ottenshausen, 31. Jan. Letzten Sonntag hielt der Gesangsverein 'Liederkreis' im Gasthaus zum 'Ablen' seine Abendunterhaltung ab. Infolge der Saalverhältnisse und dem zahlreichen Besuch, dessen sich der Gesangsverein jedes Jahr er-

freut, war der Verein gezwungen, seine Feier diesmal nur für Mitglieder abzugeben. Spannend lauschten die Zuhörer den darzubotenen Chören. In den Liedern 'Wenn die Kirchenglocken läuten' v. J. Pauli, 'Mit e' ist e' ist' und 'Slavonia'sches Ständchen' v. D. Jüngst unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Fröh gab den Sänger ihr Bestes her. Selber mußte man unter den Zuhörern manch früheren guten Sänger finden; aber die Stunden, die der Kreis auch dem Verein gebracht hat, können nur durch den Zusammenschluß aller Gesangsfreunde wieder ausgemergelt werden. Die Theaterstücke 'Der alte Schmuggler' mit schönen Solopfeifen und einem reizenden Duett 'Verlorenes Spiel' ernteten geradezu stürmischen Beifall; denn ein glänzender Spiel verbunden mit einer originellen Auswahl der Personen ist langjährige Tradition. Den Fräulein Bürste, Küster, Müller und Frommer möchte hier auch öffentlich für ihre trefflichen Leistungen gedankt werden. Ein schöne Abwechslung brachte ein Kostümspiel 'Aus der Biedermeierzeit' und August wird helder'. Auf vielseitigen Wunsch findet nächsten Samstag auch für Nichtmitglieder von hier und der Umgebung nochmals eine Wiederholung statt, auf die noch folgende Anzeige im 'Wald' möchte jetzt schon aufmerksam gemacht werden.

Döbel, 31. Jan. (Riedererschlag im Januar.) Bei der hiesigen Regenstation wurden im Januar folgende Aufzeichnungen gemacht (zum Vergleich sind die Notizen vom Dezember in Klammern aufgeführt): Am 24 (16) Tagen wurde Riedererschlag gemessen. Am 16 (4) Tagen fiel Schnee. Am 27 (6) Tagen lag eine Schneedecke. Die Gesamtniedererschlagmenge betrug 162 (94,6) mm. Das sind im Durchschnitt täglich 5,22 (3,05) mm auf einen am. Der ergiebigste Riedererschlag, 44,2 (15,6) mm wurde gemessen am 3. Januar (30. Dezember).

Württemberg.
Stuttgart, 31. Jan. (Die Besetzung der Staatsrentenämter.) Im Staatsanzeiger werden nun die neugewählten Staatsrentenämter besetzt, sie sollen ihre Tätigkeit am 1. Februar aufnehmen. Diese besteht in der Verwaltung des staatlichen Grundbesitzes, der Domänen, der Kasernen und Rechnungsführung für die Bau- und Forstverwaltung, die Gehaltszahlung an Lehrer und Geistliche.
Stuttgart, 31. Jan. (Ueber die Eingabe zum Religionsunterricht.) Der Gesamtvorstand des Württ. Lehrervereins hat nach eingehender Aussprache folgende Erklärung einstimmig angenommen: Der W.L.V. erhebt entschiedenen Einspruch gegen die Art, wie bei der Unterrichtsreform für die Eingabe in Sachen des Religionsunterrichts vielfach vorgegangen wird. Wie dem W.L.V. aus zahllosen Zuschriften aus dem Lande bekannt geworden ist, sind sehr viele Unterrichtsleiter nur deshalb gegeben worden, weil gefordert wurde, es solle der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden. Diesen Verordnungen gegenüber stellen wir fest: 1. Der W.L.V. hat noch niemals weder die Religion noch das Recht des Religionsunterrichts in der Schule bestritten; 2. der W.L.V. hat sich bei allen seinen Forderungen nicht nur von Erwägungen pädagogischer Art leiten lassen. Auch in der Frage der Stundenzahl, die der Religionsunterricht in der Schule erhalten soll, war für seine Stellungnahme das maßgebend, was Erziehungsweisheit und was Erfahrung übereinstimmend als ausreichend bezeichnen. Er wird sich in dieser seiner Stellungnahme nicht irren machen lassen von einer Agitation, der schädliche Erwägungen nicht zugrunde liegen. Ueber Fragen des inneren Schulbetriebs kann selbstverständlich durch Unterrichtsreform entschieden werden; 3. die jegliche Regelung des Religionsunterrichts, gegen die die Eingabe gerichtet ist, beruht auf einer Vereinbarung zwischen Oberstaatsbehörde und Oberlehrerbehörde. Letztere hat also das Stimmrecht, das der Religionsunterricht erhält, für ausreichend angesehen. Der W.L.V. verurteilt es auf das schärfste, daß der evangelische Volksbund und mit ihm andere kirchliche Kreise in der gegenwärtigen Zeit eine durch die Verhältnisse in seiner Weise gerechtfertigte Agitation bis ins kleinste Dorf hinein entfalten und dadurch eine tiefgehende Beunruhigung in den weitesten Kreisen unseres evangelischen Volkes hervorrufen.

Neuruckheim, 31. Jan. (Unglücklich der Schuß.) Am vorigen Sonntag bankettierte ein junger Burche mit einer Zimmerknechtin. In der Meinung, sie sei ungesund, steckte er auf ein junges Mädchen, aber der Schuß ging los. Turchbar verwundet am Hals, mußte die Betroffene ins Krankenhaus geschafft werden.
Heilbronn, 31. Jan. (Raubmörder Kraut gefänglich.) Zu Beginn der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung teilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Fischbach mit, daß der zum Tode verurteilte Raubmörder Kraut seinen Angehörigen ein Geständnis abgelegt habe, nachdem er in der Verhandlung die Tat geleugnet hatte. Er gab an, sich vor den Geständnissen geheim zu haben und hat, ihm das Leben zu schenken.

Heilbronn, 31. Jan. (Ein Veteran.) Dieser Tage ist der 84 Jahre alte Gottfried Ott gestorben, der letzte von den drei Patronenreitern, die am 24. Juli 1870 den Grafen Joppin auf seinem berühmten Ausflugsritt nach Frankreich begleiteten. Bei der Attacke auf dem Schauerleshof bei Würth geriet er damals in französische Gefangenschaft. Gut war später hier Bürobienner bei der Eisenbahninspektion.

Tuttlingen, 31. Jan. Der 29 Jahre alte Paul Wint, der die Kellnerin Graf im Dirmenbühl in Roßbach erschossen hat, erhielt 4 1/2 Jahre Gefängnis.
Mühlheim, 31. Jan. (Familien drama.) Als der Tagelöhner Johann Koch von einer Dostzeit betrunken nach Hause kam, mißhandelte er seine Frau. Sein 19jähriger Stiefsohn, den er ebenfalls bedrohte, wollte der Mutter beistehen. Der Sohn zog einen Revolver und gab zwei Schüsse auf den Vater ab, die ihm schwer verwundeten, so daß er ins Bezirkskrankenhaus nach Tuttlingen gebracht werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Baden.
Karlsruhe, 31. Jan. Am letzten Freitag nacht kam ein junger Mann hier an, der aus der französischen Fremdenlegation kürzlich entwichen und nach schweren körperlichen und Seelenqualen in verhältnismäßig guter Verfassung auf deutschen Boden wieder zurückgekehrt ist. Der Betroffene war nach seiner Angabe vor etwa 1 1/2 Jahren in Worms mit den französischen Besatzungsbehörden in Konflikt geraten, wurde festgenommen und nach Metz geschleppt. Er wurde dort vor die Wahl gestellt, entweder vor ein Kriegsgericht zu kommen, oder unter 'günstigen Bedingungen' in die Legion einzutreten. Schwerer Dergens und in der Hoffnung, bald wieder freizukommen, entschloß sich der junge Mann zum Eintritt in das farbige Meer. Bald war er in Afrika, wo er infolge seiner Intelligenz — er hatte Chemie studiert — in kurzer Zeit die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten erregte und rasch zu höheren Chargen stieg. Den Kindern des Regimenteskommandeurs erteilte er Unterricht in der deutschen Sprache, kurz, er hatte es nicht schlecht. Die Liebe zur Heimat konnte jedoch in dem Herzen des jungen Deutschen nicht erkalten, und er entschloß sich zur Flucht. Auf einem spanischen Dampfer gelangte er mit falschen Papieren nach Marseille, wo er sich als Schiffsausgänger. Mit vieler Mühe gelangte er über Mühlhausen nach

Mühlheim (Breisgau), von wo aus er nach seiner Heimat in Taunus weiterfuhr.

Baden-Baden, 31. Jan. Der Oberbürgermeister Ritter ist von Amerika zurückgekehrt mit dem Ergebnis, daß er die bisher verweigerte Freigabe des Stadtgemeindevermögens im Betrag des verstorbenen Ehrenbürgers Siedeln in Höhe von 60 000 Dollar — 12 Millionen Mark — durchsetzte.

Karlsruhe (Kurort), 30. Jan. Am letzten Freitag fand die am acht Tage verschobene Submission für den zweiten Bauabschnitt des Kurortes, die Stauwasser der Talsperre in der Schwarzenbach bei Karlsruhe, statt. Circa 40 Großfirmen boten Eingaben gemacht. Das niederste Angebot betrug 40 Millionen, das höchste 24 Millionen, der Unterschied zwischen dem höchsten und niedersten Angebot also 'nur' 190 Millionen Mark. Aufschlag wird in acht Wochen erteilt.

Konstanz, 28. Jan. Das Schwurgericht verhandelte gegen den 48jährigen Artur Sparmann aus Berlin, der zuletzt in Talshof (bei Engen) wohnte, wegen Brandstiftung. Sparmann ist schon einmal vorbestraft, und zwar darunter einmal zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Brandstiftung. Am 4. Dezember v. J. hatte er die Spitalschule in Engen, in die auch eine Wohnung eingebaut war, angezündet, wodurch das ganze Anwesen abbrannte. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Laubersheim, 30. Jan. Nachdem das Unterrichtsministerium einen Staatszuschuß zur Realschule nicht in Aussicht stellen konnte, muß die Anstalt aufgelöst werden, und zwar flächenweise, beginnend mit der unteren Klasse.

Stammatal bei Heidelberg, 30. Jan. Eine Einbrecherbande hat in der Nacht zum Sonntag vier ihr Anwesen gestrichen. Ein Personenaufzug sollte die Einbrecher am Samstagabend hier ab und durchstreifte die ganze Nacht die Oststraße Mammatal-Weilsheim, während die Einbrecher ihrem Handwerk nachgingen. Sie drangen in die Eigentumsfabrik von M. A. Liebhold ein und entwendeten etwa 100 Zentner ausländischer Zigaretten. Die Diebesbande wurde in dem Auto verhaftet, das Sonntag früh gegen 6 Uhr von dem Fahrer der Polizei gefolgt wurde. Laut Weilsheimer Landblatt mit dem Polizeidiener in Weilsheim und anderen Personen, die von Langbergmühlgen beheimatet sind, gesprochen, etwas verdächtiges war ihnen aber nicht aufgefallen. Von den Einbrechern fehlt bisher jede Spur.

Bermischtes.
Ein Hochzeit. Auf die Anzeige seiner eigenen Frau im wurde der Beintommissionar Rohrbach aus Sprenthausen (Reinbeffen) vom französischen Militärgericht zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Leuten eines geflüchteten deutschen Offiziers als Andenken in seinem Zimmer als Geschenk angedacht hatte, und weil sich noch 15 Patronen aus deutschen Armeerevolvern in seinem Besitz befanden. Es ist sich um Nach der Frau bandeln.
Kein Nationaldenkmal. Zu der Nachricht, daß der Reichsriegerbund 'Kriechhäuser' beabsichtigt, im Taunus ein großes Nationaldenkmal für die im Krieg Gebliebenen zu errichten, wird aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß der Reichsriegerbund einen solchen Plan niemals in den Kreis seiner Überlegungen gezogen hat. Der Reichsriegerbund steht an dem Standpunkt, daß es in der heutigen Zeit zunächst gilt, die Leiden der Kriegsoffiziere zu lindern und daß dies der beste Teil für unsere im Kriege gebliebenen Völkern ist. — Dieser für vernünftigen Anschauung kann man nur aus vollem Herzen beistimmen.

Die kleinen Diebe hängt man. Das Schwurgericht Karlsruher verurteilte ein Diebsmädchen, das 9 Eier ins Land verschoben wollte, zu drei Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe bei sofortiger Verbannung. In ähnlicher Ausmaß bewegten sich auch die Strafen gegen eine Anzahl anderer Diebstahler. (Die Strafe ist verdient und gerecht, wollte man in entsprechendem Maße die größeren Strafen solcher Art abgeben, dann müßten schon eine ganze Menge solcher Blutes, die den deutschen Volkstörper aufsaugen, hauneln. Warum rafft sich Regierung und Richter nicht dazu auf, in heutiger Zeit, wo die Gesetzgebung auf dem Wod stehen, ein Gesetz zu schaffen, das Diebe, Schieber und Konsorten der größeren Vergeben mit dem Tode bestraft. Wir sind fest überzeugt, es würde Wunder wirken. Mit Geld- und Gefängnisstrafen wird keine Besserung erzielt. Schriftl.)

Vom dunkeln Berlin. Ein kostspieliges Erlebnis hatte ein Liebhaber aus Ostrow, der sich auf der Durchreise in Berlin die Nachtzeit betreiben wollte. Er machte eine kleine Reise und kehrte schließlich in einer Wirtschaft in der Wilmersstraße ein. Dort machten sich drei junge Burche an ihn heran und suchten mit ihm weiter. Dann nahmen sie ihn mit sich, führten ihn freuz und quer durch mehrere Straßen, nahmen ihm die Brieftasche mit 150 000 M. ab, ließen ihn laufen und ließen davon. Der Verurteilte wandte sich an die Polizei und Beamte der Kriminalpolizei kamen den Burche bald an die Spur und nahmen sie fest. Es sind bisher noch unbekanntene junge Leute namens Aris R., Paul St. und H. G. G. hatten sie bei ihrer Festnahme nicht bei sich. Die Beamten ermittelten aber, daß sie nach dem Raub mehrere Bekannte und Verwandte angefaßt hatten. Bei diesen fand sich bis Geld bis auf 27 000 M.

Ein ungarischer Hochstapler in Berlin verhaftet. Wilmershäusern einer ungarischen Bande beschaffigen seit praxanter Zeit die deutschen und ausländischen Kriminalbehörden. Die Mitglieder der Bande, die überall sehr vornehm auftreten, fällten sechs auf amerikanische und Schweizer Banknoten und verschafften sich darauf ungeheure Summen, welche in Wien noch 14 Millionen Kronen. Der größte Teil der Beschaffung wurde in Berlin von der Kriminalpolizei ermittelte und unschädlich gemacht, zwei andere Mitglieder, ein Ungarischer Reichshof Hornarth des Dasein und ein gewisser Darmat wurden in Genua verhaftet. Dorthin jedoch wurde dort letztlich wieder entlassen und verschwand. Jetzt ist es gelungen, ihn in Berlin aufzufinden. Er wurde in einem Dots in der Mittelstraße, wo er mit einer Dame unter dem Namen des Wasse abgetrieben war, festgenommen. Die Dame hatte er früher in Rio de Janeiro kennen gelernt. Er machte ntt bei Brasilianer in Italien durch Österreich, Italien und Deutschland und kam im Bezirk, mit ihr nach Brasilien zurückzuführen. Der Verhaftete wird der Wiener Staatsanwaltschaft überliefert werden.

Das Gold in der Schweiz. Wie der N.N. aus Genf berichtet wird, zahlen die Schweizer Banken im Januar 1922 ein Gold aus, durchweg mit französischen Goldmünzen. Der Grund für diese Maßregel ist, daß der Schweizer Banken trotz seines Zwangsverkaufes den Goldpunkt erreicht hat und zwar infolge des vorherigen Rückganges des Goldpreises. Man konnte gespannt sein, zu sehen, welchen Eindruck das Wanktanzen von Goldmünzen auf das Publikum machen würde. Man muß gefehen, daß es vor allem ein Gefühl der Verunsicherung auslöste. Vor einigen Tagen noch konnte man sich reichlichen Geldbesitz ansehen, wenn man mit einem Goldstück in der Tasche über die Grenze wollte oder eine Goldmine zu verkaufen suchte. Es gab an den Schaltern der Banken den

den, die erschreckt abwehrten, und verlangte! Andere suchten sich möglichst wieder zu entziehen, während sich überall mit Gold fürchten scheren, daß nämlich die Aufsammlung von Gold für die Landesregierung hat es den Ansehen verlohren, sich ohne weitere Fristen Goldstücke entziehen zu können. Erheblich ziemlich viel Gold in die Hände des Reiches hat diese neue Maßregel eine und man hofft, daß man sich an Händen nähert.

Im Kampf mit einem Tiger. Abenteuer mit einem der größten abgemagerten Ottopodus von Saint-Tropez, einem kleinen portenent Bar. Die Dame war kesseln Kiste herabgefallen; hier mit aufgeschürzten Kleidern, hatte sie sich weiter in die Tiefe gelassen. Sie ließ sich von einem der sie sich nicht mehr zu tun mit einem Ottopodus angegriffen, noch dem anderen austretende Augenrisseffern bis übers Knie der Entsetzten alarmiert, wobei sie mit Schlägen mit Spies bis es sein Opfer los ließ. Später töteten die Dame Ottopodus, der von der Spitze ein Meer maß.

Handel und Gewerbe.

Stuttgart, 31. Jan. Der Vieh- und Schlachthof waren 31 180 Jungbullen, 198 Jungstiere, 18 Schweine und 119 Schafe, die im wurden aus einem Fentrie bis 1180, 2 800 bis 960, Bullen Jungrinder 1 1040 bis 1180, 2 Kühe 1 850 bis 930, 2 650 bis 1250 bis 1330, 2 1140 bis 1230, 1650 bis 1750, 2 1500 bis 1600 des Wertes beliebt.

Kempten, 31. Jan. (Von der Wäre.) Die Württ. Landwirte der hiesigen Wäre als Grund, der zu den Kosten der Gründung der Vertretung im Börsenausschuss habschach O.H. Wangen betraut.

Neueste 9

Stuttgart, 31. Jan. Die lang nahm in ihrer heutigen Sitzung an, die Kirchenregierung vortrag des Deutschen Sozial- und der Verfassung zustimmend.

München, 31. Jan. Die im Finanzausschuß des Landparlamentes, gegen den Direktor Banl sei ein Strafverfahren eingeleitet. Die Verfassungen der Abgeordneten ein Verfahren wurde von Regierungseite erzwungen an der Todesstrafe fest der Ermordung des Abgeordneten noch im Gange, ebenfalls der Abgeordneten Auer. Davon Hoffschungen bei der Aufhebung von Waffenschiebung. Richtung seien nicht abhängig auf sofortige Aufhebung der 80 Jahren der Naturheilund Begründer des Radebeuler S.

Berlin, 31. Jan. Angekreist richtet die deutsche Warnung an die deutschen Beamtenchaft hat von jeder Sie warnt auch heute die streben zu lassen, der ungewis russtbeamtenamt führen und den Abgrund stürzen muß.

Berlin, 1. Febr. Wegeniffes wurde die Schöneberger Monat Gefängnis, der Regler Gefängnis, die Tänzerin Geldstrafe, der Schauspielere C zu je 500 M. Geldstrafe o Kratze wurde eine Bewährung.

Berlin, 31. Jan. In Reichstags über den Etat (gegen die Streitabsichten der Hauptauschuß des Reichstages eine Gesetzesvorlage angeliefert die Beamten an Orten mit nissen versucht. — In der in Rupee bei Kronach vorger über die Arbeitszeit vorgegeben überwindende Wehrheit für den Verdienst zu erhöhen.

Gleiwitz, 31. Jan. Der Petersdorf aus Anlaß der Waffens eine Schießerei zwischen Soldaten. Auf be Verwundet. Wie verlautet, letzte und 2 Tote zu beklagen niffes wurde von der Int Lagerungsstand für die Ze früh verhängt. Von 9 Uhr von Paffanien frei sein.

Kattowitz, 31. Jan. Finanzleute sind im künftigen etwa 30 neue Banken begründet worden, die den Ankauf d kleinsten fortzuehenden deut

aus er nach seiner Meinung
Der Oberbürgermeister
mit dem Ergebnis, dass er
der Stadtgemeinde vermögens
unabhängig Geldern in Höhe von
Markt — durchgeführte.
Am letzten Freitag fand
Kommission für den zweiten
baumauer der Tafelberge in
ist. Ein 40 Großstücken
erste Angebot betrug 40
in, der Unterschied zwischen
diesem also „nur“ 190 Millionen
erteilt.
Schwurgericht verhandelte
am 31. Jan. in Berlin, der
wegen Brandstiftung, Sperr
wurde darunter einmal zu
andstriftung. Am 4. Januar
ne in Engen, in die auch
zustand, wodurch das ganze
urgericht verurteilte ihn wegen
sechs Jahren Zuchthaus
Nachdem das Unterrichts
zur Realschule nicht in
aufgestellt werden, und
untersten Klasse.
30. Jan. Eine Einbrech
Sonntag hier ihre Unwesen
bil setzte die Einbrecher
durchstreichte die ganze
heim, während die Einbre
Sie drangen in die Nigar
in und entwandeten etwa
Die Diebesbeute wurde
tag früh gegen 6 Uhr von
kraftwagens hatte, laut
Bolscheibener in Reidsheim
Landvergnügungen beinhalten
war ihnen aber nicht
ber jede Spur.
Mittes.
Angele seiner eigenen Frau
Kobrach aus Dornlinden
Militärgericht zu 100
Tage eines gefallenen
seinen Zimmer als
weil sich noch 15 Patronen
einem Besten befinden. Es
ist.
Der Richter, dass der
sichtigt, im Januar ein
erliche Beschleiben zu
berichtet, dass der
als in den Kreis seiner
eichsrichterbund steht
igen Zeit zunächst gilt,
und dass dies der beste
men Gelden ist. —
man nur aus vollem
Das Wucherer
haben, das 9 Eier ins
Monaten Gefängnis und
Verhaftung. In
Strafen gegen eine
trafe ist verdient und
Schärfemah die
mühen schon eine
deutschen Volkstör
sich Regierung und
Zeit, wo die
schick zu schaffen,
ihren Vergeben mit
es würde Wunder
wird keine
Schicksaliges Erlebnis
auf der Durchreise
Er machte eine
Wirtschaft in der
junge Deutschen
Dann nahmen sie
durch mehrere
50000 M. ab,
die Polizei
fanden den
Es sind bisher
K. Paul St. und
nicht bei
dem Raub
Bei diesen
in Berlin
Wände
ausländischen
die überall
erikanische
angeborene
Der größere
der Kriminalpolizei
bere Mitglieder,
und ein
jedoch wurde
wand. Jetzt
wurde in
Dame unter
kommen. Die
erleitet. Er
reich, Italien
nach
Staatsanwaltschaft
Die der K. u. u.
Banken in
nächsten
dass der
des Gold
Rückgang
den, welchen
das Publika
allein ein
noch konnte
man mit
wollte oder
Schaltern
der Banken

des. Sie erschreckt abwehren, und eine Auszahlung in Papier verlangt! Andere suchten sich dieses Geldschicksal so schnell wie möglich wieder zu erledigen, und in den Cafés, in den Geschäften wird überall mit Gold bezahlt. Was man also zu besorgen schien, das nämlich diese Maßregel wiederum zu einer Aufwertung von Gold führen würde, ist nicht eingetroffen. Andererseits hat es den Anschein, als ob sehr viele Leute zu Geldschicksal entschließen zu können. Denn es ist klar, dass im Privatbesitz ziemlich viel Gold vorhanden war, das durch diesen Jahre hindurch ein totes Kapital darstellte. In dieser Hinsicht hat diese neue Maßregel eine gewisse Beruhigung gebracht, und man hofft, dass man sich allmählich wieder normalen Zuständen nähert.

Im Kampf mit einem Tintenfisch. Ein ungewöhnliches Abenteuer mit einem der Familie der Tintenfischenden angehörigen arbeitsamen Ottopoben erlebte eine Engländerin in Saint-Tropez, einem kleinen Seebad im südfrenzöschen Departement Var. Die Dame war mit einigen Freundinnen zur Küste herabgestiegen; während die anderen Damen sich mit angelegten Kleidern im seichten Strandwasser wusch, hatte sie sich weiter in die Klüften hineingewagt. Plötzlich fühlte sie ihr Bein von einer schleiartigen Masse befasst, und der sie sich nicht mehr zu befreien vermochte. Sie war von einem Ottopoben angegriffen worden, der einen Fangarm nach dem anderen ausstreckte und schließlich beide Beine der Angegriffenen bis über die Knie umschlangte. Durch die Schreie der Entsetzten alarmiert, warteten die Gefährtinnen zu den Klüften und schlugen mit Spazierstöcken auf das Ungeheuer los, bis es sein Opfer los ließ, das einen Herbenschnitt erlitten hatte. Später töteten die Damen mit Stöcken und Steinen den Ottopoben, der von der Spitze eines Fangarms zum anderen zwei Meter maß.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 31. Jan. Dem Dienstagmarkt am diesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 102 Ochsen, 29 Bullen, 180 Jungbullen, 198 Jungriinder, 304 Kühe, 387 Kälber, 567 Schweine und 119 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Erlös wurden aus einem Jentner Lebendgewicht: Ochsen 1, 1080 bis 1180, 2, 800 bis 960, Bullen 1, 950 bis 1070, 2, 800 bis 940, Jungriinder 1, 1080 bis 1180, 2, 900 bis 1000, 3, 730 bis 860, Kühe 1, 850 bis 990, 2, 650 bis 750, 3, 470 bis 570, Kälber 1, 1250 bis 1330, 2, 1140 bis 1230, 3, 1070 bis 1130, Schweine 1, 1250 bis 1750, 2, 1500 bis 1600, 3, 1250 bis 1450 M. Verkauf des Viehmarktes beendet.

Rempten, 31. Jan. Von der Allgauer Butter- und Käsebörse. Die Würt. Landwirtschaftskammer in Stuttgart ist der diesigen Börse als Gründerin nachträglich beigetreten und hat zu den Kosten der Gründung 15 000 M. bewilligt. Mit der Vertretung im Vorstandsamt wurde Landwirt König in Gumbach O.M. Wangen betraut.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 31. Jan. Die Co. Landeskirchenversammlung nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Antrag an, die Kirchenregierung zu ermächtigen, den Bundesvertrag des Deutschen Evang. Kirchenbundes abzuschließen und der Verfassung zuzustimmen.

München, 31. Jan. Bei der Beratung des Justizetat im Finanzausschuss des Landtags erklärte der Regierungsvorsetzer, gegen den Direktor Römer von der Pfälzischen Bank sei ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet. Ferner wurde von Regierungsseite erklärt, dass die bayerische Regierung an der Todesstrafe festhalte. In der Angelegenheit der Ermordung des Abgeordneten Garris sei das Strafverfahren noch im Gange, ebenso wegen des Uebersalles auf den Abgeordneten Auer. Der Justizverwaltung sei nichts von Paffschlungen bei der Münchner Polizei bekannt, ebensowenig von Waffenschließungen. Strafverfahren in dieser Richtung seien nicht anhängig. — Ein unabhängiger Antrag auf sofortige Aufhebung der Volksgerichte wurde abgelehnt.

Dresden, 31. Jan. In Radebeul ist im Alter von 80 Jahren der Naturheilkundige Friedrich Eduard Hilz, der Begründer des Radebeuler Sanatoriums, gestorben.

Berlin, 31. Jan. Angefichts des drohenden Beamtenstreiks richtet die deutschnationale Beamenschaft folgende Warnung an die deutschen Beamten: Die deutschnationale Beamenschaft hat von jeder der Beamtenstreik abgelehnt. Sie warnt auch heute die Beamten, sich in einen Streik treiben zu lassen, der ungewissheit zur Beseitigung des Verfallsbestimmungs führen und unser Vaterland wirtschaftlich in den Abgrund stürzen muß.

Berlin, 1. Febr. Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses wurde die Schönheitslängerin Lolo Bach zu einem Monat Gefängnis, der Regisseur Dr. Böcker zu drei Monaten Gefängnis, die Tänzerin Liselotte Lambert zu 1000 M. Geldstrafe, der Schauspieler Ernst und die Tänzerin Schmitzer zu je 500 M. Geldstrafe verurteilt. Für die Gefängnisstrafe wurde eine Bewährungsfrist bewilligt.

Berlin, 31. Jan. In der fortgesetzten Aussprache des Reichstags über den Etat sprachen sich alle Redner scharf gegen die Streikabsichten der Eisenbahner aus. — Im Hauptauschuss des Reichstags wurde seitens der Regierung ein Gesetzesvorlage angekündigt, die Wirtschaftsbefähigen für die Beamten an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen verleiht. — In der Karosserie-Werkstätte Hubertus in Ruppe bei Kronach wurde eine Betriebsabstimmung über die Arbeitszeit vorgenommen. Dabei stimmte eine überwiegende Mehrheit für den 9stündigen Arbeitstag, um den Verdienst zu erhöhen.

Gleiwitz, 31. Jan. In der letzten Nacht entstand in Petersdorf aus Anlaß der Durchsuchung eines Hauses nach Waffen eine Schießerei zwischen Jüdischen und französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Wie verlautet, haben die Franzosen 25 Verletzte und 2 Tote zu beklagen. Infolge dieses Vorkommnisses wurde von der Interalliierten Kommission der Belagerungszustand für die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt. Von 9 Uhr abends ab müssen die Straßen von Passanten frei sein.

Ratibowitz, 31. Jan. Von Warchau und Posener Finanzleuten sind im künftigen polnischen Teil Oberschlesiens etwa 30 neue Banken beziehungsweise Filialen gegründet worden, die den Ankauf der Immobilien der aus Oberschlesien fortziehenden Deutschen finanzieren sollen. — In

Boguski erkrannten in einem Hause nach dem Genuss von Fleisch 20 Personen unter Vergiftungserscheinungen. Zwei Personen sind bereits gestorben. Von den übrigen schweben einige in Lebensgefahr.

Wien, 31. Jan. Der Arbeiterzeitung zufolge nahm die internationale Metallarbeiterkonferenz in der gestrigen Schlußsitzung eine Resolution an, wonach der Internationale Gewerkschaftsbund in Rom beschließen hat, daß Kriege durch allgemeine Arbeitsniederlegung zu verhindern seien. Die internationalen Berufsorganisationen hätten überall die Ueberwachung der Kriegsfabrikationen aller Art durchzuführen und die Fabrikation einzuschränken. Zur Durchführung der Bestimmungen sei eine internationale Kommission einzusetzen, in der alle Berufsorganisationen und der internationale Gewerkschaftsbund vertreten sein sollen.

Washington, 31. Jan. Die chinesischen und japanischen Delegierten schlossen ein Abkommen über die Rückgabe Schantung an China. Es bleiben nur noch einige Einzelheiten zu regeln.

Dr. Rathenau Außenminister.

Berlin, 31. Jan. Der Reichspräsident hat Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Aeußern ernannt. Berlin, 1. Febr. Zur Ernennung Dr. Rathenaus zum Außenminister meldet die „Zeit“: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen. Die Verlesung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichstags angesehen, die von der Fraktion angebotenen Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß anzunehmen. Infolge dessen besteht für die Fraktion angeführt der bevorstehenden endgültigen Entscheidung des Steuerkompromißes wiederum volle Handlungsfreiheit.

Die Anlagen zur deutschen Reparationsnote.

Berlin, 31. Jan. Die Anlagen zu der deutschen Note an die Reparationskommission sind heute der Presse übergeben worden. Die Anlage 1 beschäftigt sich mit dem deutschen Steuerprogramm und seiner Durchführung. Aus den Unterlagen geben wir zunächst als Interessantestes folgende Uebersicht über die Belastung des Einkommens in Frankreich, England und Deutschland unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes (1 Fr. ist gleich 5 Papiermark, 1 Schilling ist gleich 11 Papiermark). Berücksichtigt sind die Einkünfte aus Löhnen und Gehältern verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei unterhaltungsbedürftigen Kindern unter 20 Jahren. Bei einem Einkommen von 10 000 M. sind in keinem der drei Länder Steuern zu zahlen. Bei einem Einkommen von 20 000 M. sind nur in Deutschland 260 M., das sind 1,30 vom Hundert Steuern zu zahlen. Bei einem Einkommen von 30 000 M. sind ebenfalls nur in Deutschland Steuern in Höhe von 1200 M., das sind 4,20 vom Hundert, zu zahlen. Bei einem Einkommen von 50 000 M. sind in Frankreich 1,53 vom Hundert Steuern zu zahlen, in Deutschland 3260 Mark, das sind in Frankreich 4,05 Prozent, in England 3,90 Prozent, in Deutschland 29 560 M., das sind 14,78 Prozent, Steuer zu zahlen, bei einem Einkommen von 250 000 M. in Frankreich 7,50 Prozent, in England 16,32 Proz., in Deutschland 63 000 M., das sind 25,20 Prozent Steuer zu bezahlen, bei einem Einkommen von 500 000 M., in Frankreich 12,26 Prozent, in England 22,3 Prozent, in Deutschland 160 500 M., das sind 32,10 Prozent Steuer zu bezahlen, bei einem Einkommen von 1 Million in Frankreich 18,78 Proz., in England 32,30 Prozent, in Deutschland 385 500 M., das sind 38,55 Prozent Steuer zu bezahlen. Die Anlage 2 ist weniger umfangreich und gibt eine Uebersicht über den Abschluß des Haushaltsplanes für 1922.

Sepp Dertter wegen Bestechung zu Gefängnis verurteilt. Von der 2. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wurde vor einigen Tagen in dem bekannten Prozeß gegen den braunschweigischen Ministerpräsidenten Dertter und dem dergenannten Wobothherapeut Otto Schleginger aus Blankenburg am Harz, genannt Otto-Otto, das Urteil gefällt. Dertter war angeklagt, von Otto-Otto mit 20 000 M. bestochen zu sein, und ihm dafür die Amtsbezeichnung Professor verliehen zu haben. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, wurde Dertter nach § 131 des Strafgesetzbuches wegen einfacher Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden die 20 000 M., die er von Schleginger erhalten hat, als dem Staat verfallen erklärt. Das Urteil gegen Schleginger lautet gemäß § 231 des Reichsstrafgesetzbuches auf zwei Monate Gefängnis.

Der frühere Kronprinz findet sich mit den Verbältnissen ab. Berlin, 1. Febr. In einem Briefe des früheren deutschen Kronprinzen an den Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Jörn, der ihn dem „Tag“ zur Verfügung gestellt hat, heißt es u. a.: In der jetzigen Zeit schwerer vaterländischer Noth darf die Frage Republik oder Monarchie überhaupt keine Rolle spielen. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 hat sich die von deutschem Volk gewählte Nationalversammlung zur republikanischen Staatsform kann heute einem Volk zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte Verfassung stützt. Es ist deshalb ein Verbrechen, heute in Deutschland Klassengegensätze zu schaffen. Die deutsche Arbeiterklasse ist ein Bestandteil des Volkstanzes, und keine Staatsform kann sich dabei auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit mitgetragen wird. Daß die Friedensmöglichkeit nach der Narrenschlacht nicht gescheitert ausgeht wurde, ist ein Fehler der deutschen politischen Leitung gewesen. Die Frage nach dem Schulde oder Alleinschul, die sollte man aber endlich verkommen lassen. — Der frühere Kronprinz gibt am Schluß seines Schreibens der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn ihm die Stunde der Befreiung schlage, für ihn noch Raum in der deutschen Heimat sein werde.

Das Hilfswerk der Landwirtschaft.

Nach einer Meldung der „Börsen Zeitung“ aus Damburg machte der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, Oeder von Braun, Mitteilung über das geplante landwirtschaftliche Hilfswerk und die mit ihm zusammenhängende Kreditgemeinschaft. Durch Produktionshebung sei es an sich möglich, die Einfuhr von landwirtschaftlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen entbehrlich zu machen. Der gesamten Landwirtschaft müßten die Erzeugnisse der modernen Agrarwissenschaft zugänglich gemacht werden. Die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen müßten größeren Einfluß auf die Regierungsmaßnahmen erhalten. Die landwirtschaftlichen Organisationen würden sehr bald mit einem Schritt an die Öffentlichkeit treten, der für die Produktionshebung bahnbrechend sei. Eine neugebildete große Kreditgemeinschaft werde in erheblichem Umfang Mittel für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse beschaffen. Der Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichsverband des deutschen Handels seien zur Unterstützung bereit, auch die christlichen Gewerkschaften hätten ihr Einverständnis erklärt.

Streikabschreibung in Württemberg.

Stuttgart, 31. Jan. Aus führenden Kreisen der würt. Verkehrsbeamten wird geschrieben: Das von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und deren Anwärter der Reichsregierung gestellte Ultimatum läuft mit dem heutigen Tag ab.

Die würt. Landesverbände des Verkehrspersonals haben sich in Vorhandlungen am Montag mit der durch dieses Ultimatum geschaffenen Situation befaßt. Der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, daß er an dem angefügigen Streik der Reichsgewerkschaft sich nicht beteiligen werde, weil er lediglich infolge der Durchbrechung der Einheitsfront der Spitzenverbände geführt werde. Der „Württembergische Eisenbahnerverband“ (Gewerkschaft deutscher Eisenbahner) hält erst heute eine entscheidende Sitzung ab. Die Haltung dieses Verbandes dürfte mehr oder weniger von der Stellungnahme seiner Großorganisation, der „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“, die gestern in Berlin den Hauptvorstand versammelt hatte, abhängig sein. Unter den obwaltenden Umständen dürfte von einer besonderen Streiklust bei der überwiegenden Mehrheit seiner Mitglieder keine Rede sein. Die Reichsgewerkschaft, Landesstelle Württemberg hat in ihrer gestrigen Vorstandssitzung beschlossen, von ihrer Württembergischen Gewerkschaftsteilung eine Urabstimmung zu verlangen und dementsprechend das Ultimatum weiter zu befristen. Diese Gewerkschaft hat in ihre Satzungen eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Ausbruch eines Streiks bei den Mitgliedern eine Urabstimmung herbeizuführen ist. Diese Bestimmung hat der Vorstand in Berlin, der eine radikale Forderung verschiedener Art aufweist, glattweg übergegangen. Der Standpunkt der Würt. Sekretärsbeamten in geborener Stellung ist bekannt. Sie sind, trotzdem die dieser Reichsgewerkschaft angehörenden Gegner des Streiks bei den Beamten der Postverwaltung ist nur wenig Stimmung für einen Streik vorhanden. Die würt. Verkehrsbeamten kommen immer mehr zu der Auffassung, daß die von vordereinsten verfaßte einseitige Aktion des Deutschen Beamtenbundes vom 3. Dezember letzten Jahres zur Verbesserung der Einkommensbezüge nachträglich auch durch einen Streik nicht mehr gutgemacht werden kann. Angesichts der hart fortwährenden Vertenerung der Lebenshaltung auf allen Gebieten und der hohen Belastung der geringen Einkommen bei der kommenden Brotpreiserhöhung sind neue Verhandlungen mit den Spitzenverbänden zur Verbesserung der auch vom Reichsfinanzminister Dornes anerkannten ungünstigen Lage der staatlichen Beamten und Arbeiter, der Ruhegehaltsempfänger und Sozialrentner sofort notwendig. Die gewerkschaftlichen Mittel sind jedenfalls auch nach der neuesten Erklärung des Reichsfinanzministers, die er am Montag im Reichstag bei der Generaldebatte zum Etat abgegeben hat, nicht erschöpft. So lange dies nicht der Fall ist, fehlt jede rechtliche Unterlage zu einem derartigen Streik. Die Erklärungen des Reichsfinanzministers vor aller Öffentlichkeit, daß eine entsprechende Anpassung der Einkommen für die Festbediensteten an die lebenden Verhältnisse vorgenommen werden müsse, hat weitgehend beruhigt. Befohlene Mitglieder dieser Reichsgewerkschaft sprechen offen von einem unerhörten Vorgang, von unüberlegten Schritten die durch radikale Elemente im Vorstand eine Mehrheit gefunden hätten, ohne die Folgen zu überlegen, die ein solches Vergehen wirtschaftlich und politisch für Land und Volk und nicht zuletzt für die Beamten selbst im Gefolge haben müsse.

Rechtssozialistische Führer zu den Forderungen der Eisenbahner. Berlin, 31. Jan. Im Hauptauschuss des Reichstags erklärte Abg. Müller (Franken) Soz., daß die Reichsgewerkschaft von langer Hand alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen habe. Seine Partei werde die Verantwortung für die Annahme des Ultimats, das 50 bis 60 Milliarden für Beamtenbefolgungen verlange, übernehmen. — Bislangiger Bauer betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimats der Reichsgewerkschaft. Jeder verständige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter müsse sich gegen ein solches Attentat auf das Volkswohl wenden. Die Reichsregierung müsse mit allen ihr zur Verfügung stehenden Nachmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ansprechen.

Sav dem Eisenbahnerstreik. Berlin, 1. Febr. Die gestrige Sitzung des Hauptvorstands der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter verlief, wie die Morgenblätter nach einer Korrespondenz melden, außerordentlich feierlich. Die Oppositionsgruppe, die den Streik verurteilt, beweihte das Recht des erweiterten Vorstands, über die Köpfe der Mitgliederhintermann hinweg, einen Beschluß zu fassen, der nicht nur für die Beamten selbst die allerhöchsten Folgen haben könnte. Nach Ansicht der gemäßigten Beamtenvertreter ist das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen. Die Vertreter der Unterbeamten und der Lokomotivführer erklärten dagegen, daß die Zugeständnisse der Regierung unannehmbar seien. Zu der Streikabsicht der Reichsgewerkschaft schreibt der „Vorwärts“ u. a., das Unternehmen werde, wenn es zur Ausführung gelange, von jedem Standpunkt aus, auch vom gewerkschaftlichen, verworfen werden müssen. Die Eisenbahnbeamten sollten einen Kampf, in dem sie fast alles und alle gegen sich haben müßten, vermeiden.

Der Streik beschlossen. Berlin, 1. Febr. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten beschloß mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in der kommenden Nacht um 12 Uhr in den Streik einzutreten.

Die deutschen Kardinal für einen Friedenspakt. Mailand, 31. Jan. Der „Corriere della Sera“ meldet: Die deutschen Kardinalen setzen sich in Rom sehr zurückhaltend im Gegensatz zu ihrem Verhalten beim letzten Konklave im Jahre 1914, wo sie nicht genug ihre Siegesgewißheit betonen konnten. Jetzt spricht man wenig von den Kardinalen Mittel- und Osteuropas. Eine Ausnahme macht der Erzbischof von Wien, Kardinal Wini, dessen Anmut einen lebhaften Eindruck macht. Man vermutet, daß die deutschen Kardinal die Fortsetzung des Friedenswerkes des verstorbenen Papstes wünschen. Da der letzte Papst sein Werk nicht zu Ende führen konnte, fällt diese Aufgabe seinem Nachfolger zu. Wenn man bedenkt, daß fast alle französischen Kardinal zu unverständlichen Haltung stehen, kann ein verständlicher Papst den Kardinalen nur erwünscht sein.

Sabotage-Versuche Voincares? London, 31. Jan. Die von Paris aus verbreiteten Nachrichten über eine Vertagung oder sogar eine Beschließung der Konferenz von Genoa werden hier als Stimmungsmaße Voincares und seiner Mitläufer angesehen. Die Taktik Voincares in der Oberklausurfrage will Voincares nun für die Reparationsfrage und den Wirtschaftsaufbau besorgen, nämlich die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, um im Geheimen für die französischen Pläne Stimmung zu machen. Man spricht hier sogar offen davon, daß Voincares sich jetzt mit dem Gedanken trage, die Konferenz von Genoa überhaupt zu hintertreiben.

Der Brüsseler Vertreter eines deutschen Nachrichtenbüros hatte Gelegenheit, mit einer Persönlichkeit zu sprechen, die engere Fühlung mit Belgien hat. Der Genärdmann erklärte, daß es durchaus nicht unmöglich sei, ob die Konferenz von Genoa überhaupt stattfinden werde. Es sind, so fuhr er fort, Anzeichen vorhanden, daß Voincares verliert, die Konferenz von Genoa unmöglich zu machen. Es verlautet, daß be-

